

17. Wahlperiode

## **Antrag**

der Fraktion Die Linke

### **Theaterbesuche junger Menschen fördern – nicht behindern**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die Finanzierung des Angebotes von Theaterkarten für Kinder und Jugendliche, die über den JugendKulturService vergeben werden, dem Bedarf anzupassen. Dazu werden die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie sowie die Senatskanzlei/Kulturelle Angelegenheiten aufgefordert, einen gemeinsamen Lösungsvorschlag zu erarbeiten.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. Juni 2014 zu berichten.

#### ***Begründung:***

Bei den Theaterbesuchen von Kindern und Jugendlichen, die zu günstigen Konditionen (Eintrittspreisermäßigungen) über den JugendKulturService vermittelt werden, gibt es in Berlin erfreulicherweise eine stetig steigende Tendenz. Der sich daraus ergebende Finanzbedarf konnte in den vergangenen Jahren im Rahmen der Haushaltswirtschaft ausgeglichen werden. Es zeigt sich, dass auch in diesem Jahr die Nachfrage den eingestellten Finanzrahmen übersteigt. Wenn der Senat nunmehr vom JugendKulturService verlangt, zur Finanzierung des Mehrbedarfs alternative Finanzierungsquellen zu finden und selbst Kürzungsvorschläge an anderer Stelle zu machen, ist das nicht hinnehmbar.

Der Theaterbesuch von Kindern und Jugendlichen darf nicht daran scheitern, dass dem JugendKulturService 50.000 Euro in seinem Jahresbudget fehlen. Im Gegenteil: Der Senat muss die Voraussetzungen dafür schaffen, dass mehr Kinder und Jugendliche ein Interesse an den kulturellen Angeboten der Stadt entwickeln. Der bereits in den Haushaltsberatungen für 2014/15 unterbreitete Vorschlag zur bedarfsgerechten Finanzierung des etablierten und sehr gut angenommenen Programms zur Besucherförderung des JugendKulturService fand keine parlamentarische Mehrheit. Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie sowie die Senatskanzlei/Kulturelle Angelegenheiten sind nunmehr aufgefordert, einen Vorschlag zu erarbeiten, wie das Angebot des JugendKulturService bedarfsgerecht finanziert werden kann. In Abstimmung mit der Senatsverwaltung für Finanzen könnten zur Finanzierung z.B. die Mehreinnahmen Berlins aus den Erstattungen der Europäischen Union dafür herangezogen werden.

Berlin, d. 10. April 2014

U. Wolf                      Möller                      Brauer  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Die Linke